Engagement deutscher Firmen im Atomwaffengeschäft

Auf der Diözesanversammlung von pax christi München Anfang März in Gilching habe ich nach Ausführungen zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO durch Frau Dr. Ingeborg Oster von der IPPNW Ortsgruppe München ein paar Wort zum Thema Finanzierung der Atomwaffen gesagt. Und hier natürlich vor allem die deutsche Thematik dargestellt, also wo und wie engagieren sich deutsche Firmen im Atomwaffengeschäft.

Schon auf der Diözesanversammlung war die neue Studie von PAX zum Thema unter dem Titel „Don‘t bank on the bomb“ angekündigt, die dann auch am 7. März erschien. Im Gegensatz zu den Vorgängerstudien enthält sie jetzt länderspezifische Anhänge, so dass z.B. die deutschen Finanziers leicht zu ersehen sind. Analog zum deutschen Anhang gibt es für 13 andere Länder Anhänge.

Und in den folgenden Ausführungen habe ich die Zahlen der aktuellen Studie mit eingearbeitet.

Warum schauen wir auf diese Finanziers. Ganz einfach: Ohne dieses Geld ließen sich weder die Atomwaffen bauen noch unterhalten. Und wenn wir eine Atomwaffenproduktion unterbinden wollen, ist sicherlich eine Möglichkeit die Finanzierung der Produktion bzw. Anlagen zu erschweren, wenn wir sie denn nicht ganz unmöglich machen können.

Der Atomwaffensperrvertrag

Zuerst aber zum Atomwaffensperrvertrag. Deutschland unterzeichnete ihn am 28.11. 1969. Er heißt auch Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV)

Der Atomwaffensperrvertrag wurde von den fünf Atommächten USA, Frankreich, VR China, Großbritannien und der Sowjetunion initiiert und mittlerweile (2015) von 191 Vertragsstaaten unterzeichnet. Nur vier Staaten sind nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags geworden: Indien, Israel, Pakistan und Südsudan. Nordkorea trat im Januar 2003 aus dem Vertrag aus und dessen endgültiger Status wird seither von der NVV-Gemeinschaft offen gehalten. Seit 1970 gibt es den NTP Vertrag, 2015 gab es die 9. Überprüfungskonferenz.

Er beinhaltet auch den folgenden Satz:

Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper dürfen weder hergestellt noch sonst wie erworben werden. Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern darf weder gesucht noch angenommen werden. Das gilt für alle Unterzeichnern, die keine Atommächte sind.

Aber:
Es wird nicht explizit verboten, dass deutsche – öffentliche wie private – Finanzinstitute Dienstleistungen für Atomwaffenhersteller anbieten.

Don't Bank on the Bomb

Seit 2013 wird der Report "Don't Bank on the Bomb" als Beitrag zur internationalen Kampange zum Verbot von Atomwaffen für ICAn von PAX herhausgegeben. PAX ist eine Partnerschaft zwischen IKV (Interchurch Peace Council) und Pax Christi in den Niederlanden. Erst fungierten sie unter IKV Pax Christi und ab 2014 nur noch als PAX.

Wie eingangs schon erwähnt wurde am 7. März dieses Jahres der aktuelle Report vorgelegt. Im Zeitraum zwischen 2014 und 2017 stellte man Finanzbeziehungen von 329 Banken, Versicherungen, Pensionskassen und Vermögensverwaltungen in 24 Ländern, die in die 20 größten Atomwaffenhersteller investierten. 70 dieser Geldgeber sitzen in Europa.

Atomwaffenhersteller

Die im Report genannten 20 Unternehmen sind an der Herstellung von Schlüsselkomponenten für die Nukleararsenale von. Frankreich, Indien, des Vereinigte Königreich und der Vereinigten Staaten beteiligt. In anderen atomar bewaffneten Ländern - China, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), Israel, Pakistan und der Russischen Föderation, - wird die Wartung und Modernisierung der nuklearen Streitkräfte hauptsächlich oder ausschließlich von staatlichen Firmen durchgeführt.

Die größten Konzerne, die an der Atomwaffenherstellung beteiligt sind, sind naturgemäß amerikanische Konzerne. Zu den europäischen Konzernen zählen:

- Airbus
- BAE Systems
- Safran
- Serco

- Thales

Airbus taucht in dieser Liste als sechstgrößter Hersteller auf. Allerdings weit hinter Boeing, Honeywell, Lockheed, Northrop Grumman und General Dynamics.

Airbus (Niederlande)

Airbus ist ein niederländisches Unternehmen, das Atomraketen für U-Boote, Französisch Marine (M51), produziert und wartet. Es entwickelt auch die nächste Generation von U-Boot-Raketen. Daneben ist Airbus wichtiges Mitglied des Gemeinschaftsunternehmens MBDA-Systems, das über Verträge zur Verlängerung der Lebensdauer der Französisch ASMPA Raketen bis 2035. MBDA ist auch an der Entwicklung der neuen französischen Raketen, den ASN4G.7 beteiligt.

BAE Systems (United Kingdom)

BAE Systems ist an den Atomwaffenprogrammen in Frankreich, Großbritannien und den USA beteiligt. Es produziert Schlüsselkomponenten für Trident II (D5) - Raketen in den Nukleararsenalen der USA und Großbritanniens. Es produziert auch US Minuteman III Interkontinentalraketensysteme (ICBM) . BAE Systems ist ebenfalls Teil der MBDA Joint Venture und liefert nuklear bewaffnete Luft-Boden-Raketen an Frankreich.

Safran (France)

Safran und Airbus bilden zusammen die ArianeGroup, die für die Herstellung der Feststoffraketenmotoren der M51 zuständig ist, der strategisch ballistischen Rakete in Frankreichs Atomwaffenarsenal. Die M51 trägt mehrere Sprengköpfe und ersetzt die M51.

Serco (United Kingdom)

Serco ist Teil des Joint Ventures AWE-ML, das die britische Atomwaffenfabrik betreibt. Es ist verantwortlich für die Herstellung und Wartung der nuklearen Gefechtsköpfe für das UK Arsenal. Daneben ist es auch an der Entwicklung eines völlig neuen Sprengkopfes, der Mark 4A oder Mk4A beteiligt, der Berichten zufolge am britischen Parlament vorbei erfolgt.

Thales (France)

Thales arbeitet mit der französischen Regierung zusammen, die ballistischen M51.3-Raketen zu modernisieren, um sie weiterhin von U-Booten starten zu können. Es war auch direkt an der Produktion der französische Atomraketen M51.

Die Finanziers

Die folgenden deutschen Finanziers werden in dem Bericht aufgeführt:

Investor	Investment in Mio $
Allianz	1,035
BayernLB	454
Commerzbank	1,265
Deutsche Bank	6,619
DZ Bank	470
Helaba	111
KfW	66
Landesbank Baden- Württemberg (LBBW)	66
Munich Re	148
Siemens	134
UniCredit	1,479

Die Deutsche Bank mit ihrem Investitionsvolumen von 6619 Mio US$ wird an 20. Position unter den Geldgebern aufgeführt. Zur Deutschen Bank gehört die Postbank, zur DZ-Bank die Volks-, Raiffeisen und Sparda-Banken und zur UniCredit die Hypo.

Die untersuchten Institute werden in

- Hall of Fame
- Runners Up
- Hall of Shame

kategorisiert. Dabei gelangt die Commerzbank unter die Runners Up. Kein deutsches Institut ist in der sogenannten Hall of Fame.

Hall of Fame

Hier werden Finanzinstitute gelistet, die umfassende Vorkehrungen zur Verhinderung von Investitionen in Atomwaffenhersteller getroffen haben. 22 Institute haben sich dafür qualifiziert.

Die aufgeführten Finanzinstitute haben alle öffentlich verfügbaren Richtlinien – oder Zusammenfassungen davon – , die Investitionen in Atomwaffen produzierende Unternehmen ausschließen. Sie ziehen sich aktiv aus früheren Investitio-

nen zurück und stehen für die Vermeidung künftiger Investitionen. Ihre Ausschlusspolitik verfolgt einen "umfassenden" Anwendungsbereich auf der höchsten (Gruppen-) Ebene.

Keines der in der Hall of Fame aufgeführten Finanzinstitute investiert in eine der aufgeführten Nuklearwaffenproduzenten

Runners-Up: Imperfect Exclusions

Hier werden die Finanzinstitutionen gelistet deren Richtlinien Investitionen in Atomwaffenhersteller verhindern, deren Politik jedoch eine oder mehrere Schlupflöcher aufweisen. 41 Finanzinstitute wurden in diese Kategorie aufgenommen.

Zu diesen Schlupflöchern werden etwa gezählt:

- wenn nicht alle mit der Atomwaffenherstellung in Verbindung stehenden Firmen ausgeschlossen werden,
- wenn nicht alle Firmen mit Aktivitäten in Verbindung mit Atomwaffen ausgeschlossen werden (etwa Raketenhersteller für Raketen, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können),
- wenn die Richtlinien nicht für alle Produkte oder Services gelten.

Hier werden auch 11 Finanzinstitute aufgeführt, die nur die beteiligten Nuklearwaffenhersteller von Nicht-NPT- oder Nicht-NATO-Ländern ausschließen.

Im ersten Report galten 27 Firmen als Runners-Up, jetzt 41.

Die Commerzbank wird hier aufgeführt. Nach Angaben der Commerzbank "beteiligt sich die Bank in keinem Fall an Geschäften mit umstrittener Waffen". Zur Definition umstrittener Waffen verweist die Commerzbank auf das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz, das eine ausführliche Definition von Atomwaffen basierend auf dem revidierten Brüsseler Vertrag von 1954 beinhaltet.

Dies bedeutet grundsätzlich, dass die Commerzbank keine Geschäfte macht mit Unternehmen die an derartigen Waffen beteiligt sind. Wenn das Engagement jedoch nur einen kleinen Teil der Geschäftstätigkeit des Unternehmens ausmacht, erlaubt die Commerzbank Investitionen, solange der bilaterale Vertrag ausdrücklich besagt, dass Mittel nicht für Aktivitäten verwendet werden, die mit entsprechenden Waffen in Zusammenhang stehen.

Die Ausschlusspolitik gilt für das Commercial-Banking- und Investment-Banking-Geschäft der Bank sowie für die auf eigene Rechnung und in aktiv verwalteten Fonds getätigten Investitionen. Die Richtlinie wird jedoch nicht auf passiv verwaltetes Kapital angewendet. Zusätzlich können Kunden die Ausführung eines Kaufauftrags für eine bestimmte Investition tätigen, die einen Atomwaffenhersteller enthalten kann. Gleiches gilt für Transaktionen solcher Anlagen über Online-Banking.
Die Commerzbank veröffentlicht ihre Ausschlussliste nicht, die auf den Erkenntnissen des Datenanbieters Sustainalytics beruht.

Ethikregeln

Die meisten Banken haben heute eine unternehmensweit gültige und veröffentlichte Richtlinie für Rüstungsgeschäfte. Danach schließt sie die Finanzierung von Transaktionen, die einen Bezug zu „kontroversen Waffen“ - wie z.B. Atomwaffen – haben, aus. Dies schließt jedoch nicht Dienstleistungen für Mischkonzerne aus, die „zu einem geringen Teil auch im Rüstungsgeschäft aktiv sind“. Allerdings sind Unternehmen, die ausschließlich Atomwaffen produzieren bzw. Rüstungsgüter herstellen, nicht bekannt.

Von der Allianz gab es 2012 die Aussage: Solange von Seiten der Politik keine klare Gesetzgebung erfolge, sei es nicht Aufgabe der Wirtschaft, gegen Firmen zu intervenieren, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind.

Entwicklungen

3.11.2017:
Friedensnobelpreis-Stiftung will nicht mehr in Atomwaffen investieren.

16.1.2018
Der norwegische Pensionsfonds, einer der größten Staatsfonds der Welt, zieht sich wegen ethischer Bedenken aus mehreren Firmen zurück.

11.1.2018 (Financial Times):
Europas größter Pensionsfonds ABP aus den Niederlanden plant Tabak und Atomwaffen aus seinem Investmentportfolio zu streichen.

28.1.2018
GSoA (Schweiz ohne Armee) zeigt Schweizer Nationalbank an: Die SNB investiert 2 Milliarden in Atomwaffenproduzenten.

23. 5. 2018
Einen Tag vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt will sie ihre Geschäftsbeziehungen zu Atomwaffen-Herstellern beenden. Mit einer „Richtlinie zu kontroversen Waffen“ werden erstmals alle Transaktionen mit Firmen ausgeschlossen, die direkt an der Herstellung oder Instandhaltung von Atomwaffen beteiligt sind.

Gleichzeitig lässt die Richtlinie weiterhin Raum für Ausnahmen in bestimmten Fällen. Aus Sicht von ICAN fehlt außerdem eine Liste mit Firmen, die ausgeschlossen werden.

8.6.2018
Die Belgische Bank KBC erklärt keine Investionen mehr in Atomwaffenhersteller zu tätigen. In ihrer presseerklärung bezieht sich die Bank ausdrücklich auf den atomwaffenverbotsvertrag.

Aktionen zu deutschen Finanziers

ICAN ruft zu einer email-Aktion **„Schluss mit dem Bombengeschäft!“** an die Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparda-Banken auf. Alle die gehören zu DZ-Gruppe. Dabei sind vorgefertigte emails für Kunden und Nichtkunden abrufbar. Auch wenn die Bank vor Ort immer erklären wird, dass sie keinen Einfluss auf ihre Muttergesellschaft hat, sollten Briefe/Mails geschrieben werden und bei Nichtantwort nachgefragt werden. Die Geschäftsführer der Banken vor Ort werden die Aufmerksamkeit, die ihnen zuteil-wird, weitertragen. Die email Aktion kann über den Link: https://atombomben-geschaeft.de/mailaktion/ aufgerufen werden.

Der Text für Kunden

Als genossenschaftliche Bank kooperieren Sie mit der DZ Bank, die auch mit dem Geld Ihrer Kunden einen Kredit an den Atomwaffen-Hersteller Airbus vergibt. Dies wurde von der ICAN-Studie „Don't Bank on the Bomb" aufgedeckt. Die von Airbus für Frankreich hergestellte Atomrakete hat eine 80-mal so große Zerstörungskraft wie die Hiroshima-Atombombe. Solche Investitionen sind gefährlich und unverantwortlich.

Ich bitte Sie, Ihren Einfluss bei der DZ Bank geltend zu machen, damit jede Zusammenarbeit mit Atomwaffenherstellern beendet wird. Die Investitionen müssen auch in Zukunft durch entsprechende Richtlinien ausgeschlossen werden.

Wird sich die Raiffeisenbank xyz bei der DZ-Bank dafür einsetzen? Für eine baldige Antwort wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Ein analoger Text steht für Nichtkunden bereit.

Stand Atomwaffenverbot:

Waren es Anfang März 56 Staaten die den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben und fünf, die ihn ratifiziert hatten, sind es heute 60 Unterzeichner und 14 Staaten, die ihn ratifiziert haben.

Deutschland gehört nicht einmal zu den Unterzeichnern. Das muss sich ändern! Auch wenn im Koalitionsvertrag kein Wort zum Atomwaffenvertrag steht, sollte sich die Regierung mit einem Verbot beschäftigen. Studien aus Harvard zeigen, dass durch den Beitritt zum Verbot keinerlei Bündnisverpflichtungen verletzt werden.